Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
– Drucksache 13/1401 –

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zu den Auswirkungen der aktuellen währungspolitischen Entwicklungen in der Europäischen Union auf die Landwirtschaft

2. zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/1385 –

zu der Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung Auswirkungen der aktuellen währungspolitischen Entwicklungen in der Europäischen Union auf die Landwirtschaft

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Turbulenzen auf den internationalen Devisenmärkten haben auch gravierende Auswirkungen auf die Einkommen der deutschen Landwirtschaft. Sowohl die sich verschlechternden Exportmöglichkeiten als auch die erleichterten Importe beeinträchtigen zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Agrarprodukte und führen zu einem verschärften Preis- und Einkommensdruck.

Zu Nummer 2

Es stellt sich eine derzeit ungünstige Einkommens- und Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft im EU-Binnenmarkt dar. Die Währungsturbulenzen in jüngster Zeit haben unabhängig von dem Beschluß der Europäischen Kommission und dessen möglicher Realisierung die Warenströme im EU-Binnenmarkt verändert und durcheinandergebracht. Umsatzverluste im traditionellen deutschen Exportgeschäft von Agrarprodukten sind an der Tagesordnung.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- dem Vorschlag der Kommission im Falle einer Aufwertung des Grünen Kurses der Deutschen Mark die Ausgleichszahlung der Agrarreform und die Strukturbeiträge abzusenken, mit größtem Nachdruck entgegenzutreten und mit allen Mitteln auf eine Ablehnung des Vorschlags durch den Agrarministerrat hinzuwirken;
- sich darüber hinaus für eine vollständige Kompensation der aus einer Aufwertung der Grünen Kurse folgenden Einkommensverluste durch die Europäische Union einzusetzen.

Zu Nummer 2

Angesichts der ungünstigen Einkommens- und Wettbewerbssituation in der deutschen Landwirtschaft soll die Bundesregierung dafür eintreten, daß die Einkommensverluste aus einer Aufwertung der Grünen Kurse kompensiert werden. Ferner soll die Bundesregierung in Brüssel darauf hinwirken, eine tragfähige Lösung der agrarmonetären Probleme zu erreichen und dafür ein Alternativkonzept vorzulegen und dieses dem Deutschen Bundestag zur Beratung zu geben. Ferner sollen alle erdenklichen Maßnahmen ergriffen werden, um die Wettbewerbsnachteile der deutschen Landwirtschaft, die auch schon im EU-Binnenmarkt ohne Aufwertung bestehen, durch eine mögliche Aufwertung verschärft werden, abzumildern.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

die Entschließungsanträge – Drucksachen 13/1401 und 13/1385 – für erledigt zu erklären.

Bonn, den 28. Juni 1995

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)

Vorsitzender

Dr. Gerald Thalheim Berichterstatter

Siegfried Hornung Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Gerald Thalheim und Siegfried Hornung

1. Beratungsgang

Ausgangspunkt für die beiden Entschließungsanträge – Drucksachen 13/1401, 13/1385 – war der Vorschlag für eine Verordnung des Rates über Ausgleichsmaßnahmen für die Senkung des landwirtschaftlichen Umrechnungskurses einiger Währungen [KOM (95) 173/4], den der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Verhandlungsgegenstand erklärt und dies gemäß § 93 Abs. 2 GO-BT angezeigt hat. Die Überweisung erfolgte anschließend mit Drucksache 13/1442 Nr. 2.1 vom 19. Mai 1995.

Die beiden Entschließungsanträge zielten auf diesen Vorschlag, der wie o. a. zum Verhandlungsgegenstand des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages erklärt wurde.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 38. Sitzung am 18. Mai 1995 die beiden Entschließungsanträge dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend sowie dem Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union und dem Haushaltsausschuß mitberatend überwiesen.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 31. Mai 1995 die beiden Entschließungsanträge beraten. Der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 13/1401 wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS gebilligt.

In der gleichen Sitzung wurde der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/1385 mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat die beiden Vorlagen auf den Drucksachen 13/1385 und 13/1401 in seiner 13. Sitzung am 21. Juni 1995 behandelt und beschlossen, auf die Beratung der beiden Vorlagen zu verzichten.

2. Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung wird u.a. aufgefordert, dem Vorschlag der Kommission, im Falle einer Aufwertung des Grünen Kurses der Deutschen Mark die Ausgleichszahlungen der Agrarreform und die Strukturbeträge abzusenken, mit größtem Nachdruck entgegenzutreten und mit allen Mitteln auf eine Ablehnung des Vorschlags durch den Agrarministerrat hinzuwirken. Ferner wird die Bundesregie-

rung aufgefordert, darüber hinaus sich für eine vollständige Kompensation der aus einer Aufwertung der Grünen Kurse folgenden Einkommensverlusten durch die Europäische Union einzusetzen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag wird u.a. aufgefordert, angesichts der ungünstigen Einkommens- und Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft dafür einzutreten, daß die Einkommensverluste aus einer Aufwertung der Grünen Kurse kompensiert werden. Ferner soll die Bundesregierung in Brüssel darauf hinwirken, eine tragfähige Lösung der agrarmonetären Probleme zu erreichen und dafür endlich ein Alternativkonzept vorzulegen und dieses dem Deutschen Bundestag zur Beratung zu geben. Im übrigen sollen alle erdenklichen Maßnahmen ergriffen werden, um die Wettbewerbsnachteile der deutschen Landwirtschaft, die auch schon im EU-Binnenmarkt ohne Aufwertung bestehen durch eine mögliche Aufwertung jedoch erheblich verschärft werden, abzumildern.

3. Beratung im 10. Ausschuß

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat die beiden Anträge – Drucksachen 13/1401 und 13/1385 – in seiner 18. Sitzung am 28. Juni 1995 beraten.

Gleichzeitig hat er den Vorschlag für eine Verordnung des Rates über Ausgleichsmaßnahmen für die Senkung des landwirtschaftlichen Umrechnungskurses einiger Währungen [KOM (95) 173/4] beraten und einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Alle Fraktionen und die Gruppe der PDS im Ausschuß erzielten Einvernehmen darüber, die beiden Anträge für erledigt zu erklären, da die agrarmonetären Beschlüsse des Agrarrats vom 19. bis 22. Juni 1995 in Brüssel u. a. zur Folge hätten, daß die nationalen Beträge der Reformausgleichszahlung und der Strukturpolitik unverändert bzw. stabil bleiben und die nationalen Beträge der Reformausgleichszahlung in DM nicht gesenkt würden. Ferner wurde beschlossen, daß Verluste, die sich aus der aufwertungsbedingten Verminderung der Preise ergeben, pauschal ausgeglichen werden können. Insofern war man der Auffassung, daß dem Anliegen der deutschen Landwirte weitgehend Rechnung getragen worden sei.

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten beschließt einstimmig, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/1401 – sowie den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/1385 – für erledigt zu erklären.

Bonn, den 28. Juni 1995

Dr. Gerald Thalheim

Siegfried Hornung

Berichterstatter

Berichterstatter